

Schriftlicher Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft und Mittelstandsfragen
(15. Ausschuß)

**über den von der Bundesregierung zur Unterrichtung
vorgelegten Vorschlag der Kommission der EWG für
eine Richtlinie des Rats über die Verwirklichung der
Niederlassungsfreiheit für die selbständigen Tätig-
keiten des Filmverleihs**

— Drucksache V/1744 —

A. Bericht des Abgeordneten Dr. Elbrächter

Der vorliegende Vorschlag der EWG-Kommission wurde mit Schreiben des Herrn Präsidenten vom 23. Mai 1967 dem Ausschuß für Wirtschaft und Mittelstandsfragen federführend sowie dem Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik mitberatend zugewiesen.

Der vorliegende Richtlinienentwurf beabsichtigt, die Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit für die selbständigen Tätigkeiten des Filmverleihs aufzuheben. Der Ausschuß hat sich davon überzeugt,

daß die in den Mitgliedstaaten zu beseitigenden Beschränkungen im Interesse des deutschen Filmverleihs liegen. Der Zugang der Filmverleiher der Mitgliedstaaten unterliegt in der Bundesrepublik keinerlei Beschränkungen. Der Ausschuß hat deshalb keine Bedenken, daß die Bundesregierung dem Richtlinienentwurf im Rat zustimmt und empfiehlt dem Bundestag in Übereinstimmung mit dem mitberatenden Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik, von dem Richtlinienentwurf Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 17. Oktober 1967

Dr. Elbrächter
Berichterstatter

Ausschußantrag umseitig

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,
den Vorschlag der Kommission der EWG —
Drucksache V/1744 — zur Kenntnis zu nehmen.

Bonn, den 17. Oktober 1967

**Der Ausschuß für Wirtschaft
und Mittelstandsfragen**

Dr. h. c. Menne (Frankfurt)

Vorsitzender

Dr. Elbrächter

Berichterstatter